

Lisa Stiller

# Sterbehilfe und assistierter Suizid

Zur Bedeutung des Patientenwillens für die  
Rechtfertigung von Sterbehilfe und Suizidassistenz



**Nomos**

DIKE 

**Studien zum Strafrecht**

**Band 104**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn

Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser, Universität Bonn

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Claus Kreß, LL.M., Universität zu Köln

Prof. Dr. Hans Kudlich, Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim

Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Henning Radtke, Universität Hannover

Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Frank Saliger, Universität München

Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München

Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Basel

Prof. Dr. Rainer Zaczyk, Universität Bonn

Lisa Stiller

# Sterbehilfe und assistierter Suizid

Zur Bedeutung des Patientenwillens für die  
Rechtfertigung von Sterbehilfe und Suizidassistentz



**Nomos**

**DIKE** 



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 2018

u.d.T.: „Sterbehilfe und assistierter Suizid – Zur Bedeutung des Patientenwillens für die Rechtfertigung von Sterbehilfemaßnahmen und der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“

ISBN 978-3-8487-5961-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-0088-7 (ePDF)

ISBN 978-3-03891-218-7 (Dike Verlag Zürich/St. Gallen)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der juristischen Fakultät der Goethe Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen. Die Literaturbeiträge und Rechtsprechung wurden für die Veröffentlichung bis November 2019 berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. em. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, für seine wertvollen Anregungen im Rahmen von vielen Diskussionen im Postgraduierten-seminar sowie für seine fachliche und persönliche Unterstützung bei der Entstehung dieser Arbeit.

Herrn Prof. Dr. Cornelius Prittwitz danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Außerdem danke ich meinen Brüdern, Philip und Lucas Stiller, die mir besonders in den letzten Zügen dieser Arbeit und während des Prüfungsverfahrens zur Seite gestanden haben.

Mein größter Dank gilt schließlich meinen Eltern, Heiderose und Günther Stiller, für ihre liebevolle und vorbehaltlose Unterstützung. Ihnen ist diese Arbeit in Liebe gewidmet.

Frankfurt am Main im Dezember 2019

*Lisa Franziska Lavinia Stiller*





## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
1. Teil: Einführung in die Problematik – Grundlagen und Rechtshistorie der Sterbehilfe	21
A. Einleitung	21
B. Begriffsbestimmung Sterbehilfe	22
C. Rechtshistorie der Sterbe- und Suizidbeihilfe in Deutschland	24
D. Sterbe- und Suizidbeihilfe als intradisziplinäre Regelungsmaterie	40
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	41
1. Menschenwürde	41
2. Körperliche Unversehrtheit und Recht auf Leben	43
3. Allgemeine Handlungsfreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht	43
4. Schutz von Ehe und Familie	45
5. Glaubens- und Gewissensfreiheit	45
6. Berufsfreiheit	47
7. Vereinigungsfreiheit	48
II. Strafrechtliche Grundlagen	49
1. Der ärztliche Heileingriff und seine strafrechtliche Einordnung	49
a. Rechtsprechung	50
b. Literatur	51
c. Stellungnahme	52
2. Die Rechtfertigung des ärztlichen Heileingriffs	54
3. Sterbehilfe und die §§ 211 ff. StGB	55
a. Beginn des menschlichen Lebens im Strafrecht	56
b. Ende des menschlichen Lebens im Strafrecht	57
4. Die tradierte Sterbehilfedogmatik	60
a. Aktive Sterbehilfe	60
b. Indirekte Sterbehilfe	60
(1) Lösungsansätze auf Tatbestandsebene	61
(2) Lösungsansätze auf Rechtfertigungsebene	63
c. Passive Sterbehilfe	63

*Inhaltsverzeichnis*

5. Beihilfe zum Suizid	66
a. Freiverantwortlichkeit der Selbsttötung	66
b. Suizidteilnahme durch Unterlassen eines Garanten	70
c. Suizidteilnahme durch Unterlassen eines Arztes	72
d. Strafbarkeit wegen unterlassener Hilfeleistung	74
e. Strafbarkeit nach dem Betäubungsmittel- und dem Arzneimittelgesetz	75
f. Abgrenzung zwischen Tötung auf Verlangen und Beihilfe zum Suizid	77
6. Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung	79
III. Zivilrechtliche Grundlagen	87
1. Das Arzt-Patienten-Verhältnis	87
2. Gesundheitsfürsorge durch den Betreuer	91
3. Das 3. Betreuungsrechtsänderungsgesetz	92
a. § 1901 a BGB	93
b. § 1901 b BGB	96
c. § 1904 BGB	98
2. Teil: Die Neuregelung durch den Bundesgerichtshof	100
A. Der Fuldaer Fall	100
I. Sachverhalt	100
II. Entscheidung	101
B. Der Kölner Fall	104
I. Sachverhalt	104
II. Entscheidung	106
C. Behandlungsabbruch statt passiver Sterbehilfe	107
I. Eingrenzung des Begriffs „Behandlungsabbruch“ als Grundlage für diese Arbeit	109
II. Qualifizierung des Behandlungsabbruchs als Tun oder Unterlassen	109
III. Zusammenfassung	118
3. Teil: Straflosigkeit des Behandlungsabbruchs aufgrund des Patientenwillens unter Berücksichtigung der §§ 1901 a ff. BGB	120
A. Behandlungsabbruch durch Unterlassen	120
I. Garantenstellung	121
1. Beginn der Garantenstellung des Arztes	122

2. Ende der Garantenstellung des Arztes	123
II. Umfang und Grenzen der Garantenpflicht des Arztes	125
III. Vereinbarkeit mit § 216 StGB und der Einwilligungssperre	128
IV. Zusammenfassung	130
B. Behandlungsabbruch durch Tun	131
I. Tätiger Behandlungsabbruch durch den behandelnden Arzt mit Einwilligung des Patienten oder unter Mitwirkung des Betreuers	132
II. Die Einwilligung des Patienten als Grundlage für die Rechtmäßigkeit ärztlicher Behandlungsmaßnahmen	132
1. Wirksame tatsächliche Einwilligung des äußerungs- und einwilligungsfähigen Patienten	133
a. Rechtsnatur und dogmatische Einordnung der Einwilligung	133
b. Voraussetzungen einer wirksamen tatsächlichen Einwilligung	135
(1) Disponibilität des Rechtsguts	135
(2) Einwilligungsfähigkeit des Patienten	136
(3) Vorstellung der Gefahr durch ärztliche Aufklärung	137
(4) Freiwilligkeit der Zustimmung und Freiheit von Willensmängeln	139
(5) Zustimmungserklärung	139
2. Antizipierte Willensäußerung des einwilligungsfähigen Patienten durch eine Patientenverfügung für den Fall seiner Einwilligungsunfähigkeit	140
a. Begriff und Definition der Patientenverfügung	140
b. Abgrenzung von anderen Voraussetzungen	141
(1) Betreuungsverfügung	141
(2) Vorsorgevollmacht	142
c. Rechtsnatur der Patientenverfügung	142
d. Persönlicher Anwendungsbereich und Formvoraussetzungen der Patientenverfügung	145
(1) Einwilligungsfähigkeit	145
(2) Volljährigkeit	146
(3) Willensmängelfreiheit	147
(4) Schriftform	147
e. Inhaltliche Anforderungen an eine Patientenverfügung	149
(1) Bestimmtheit	149
(2) Inhaltliche Grenzen	151

*Inhaltsverzeichnis*

f.	Reichweitenbegrenzung der Patientenverfügung bzw. des Patientenwillens	153
g.	Adressatenkreis und Bindungswirkung der Patientenverfügung	156
h.	Betreuungsgerichtliches Genehmigungserfordernis	160
i.	Widerruf der Patientenverfügung	161
j.	Nichteinhaltung der betreuungsrechtlichen Verfahrensvorschriften	163
k.	Zusammenfassung	164
3.	Stellvertretende Einwilligung durch den Betreuer	166
a.	Ermittlung und Umsetzung des Patientenwillens gemäß § 1901 a Abs. 2 i.V.m. § 1901 b BGB	167
(1)	Behandlungswünsche	167
(2)	Mutmaßlicher Wille	169
b.	Die betreuungsgerichtliche Genehmigung der stellvertretenden Einwilligung des Betreuers gemäß § 1904 BGB i.V.m. §§ 287 Abs. 3, 298 FamFG	170
(1)	Verfahren zur Erteilung der betreuungsgerichtlichen Genehmigung	171
(2)	Rechtlicher Charakter der betreuungsgerichtlichen Genehmigung	172
(3)	Genehmigungsfreie stellvertretende Einwilligung des Betreuers	175
(4)	Bindungswirkung der betreuungsgerichtlichen Genehmigungsentscheidung im Strafverfahren	177
c.	Prozeduralisierung	179
(1)	Strafrechtliche prozedurale Legitimation	183
(2)	Auswirkungen der stellvertretenden Einwilligung im Strafrecht	184
d.	Irrtümer über den Willen des Betroffenen	186
e.	Zusammenfassung	189
4.	Mutmaßliche Einwilligung des Patienten	189
a.	Rechtsnatur und dogmatische Einordnung	190
b.	Kritik an der Rechtsfigur des mutmaßlichen Willens	191
c.	Ermittlung des mutmaßlichen Willens durch den behandelnden Arzt bei fehlender Betreuerbestellung oder Nichterreichbarkeit des Betreuers	193
d.	„Strenge Anforderungen“ an die mutmaßliche Einwilligung in den Behandlungsabbruch	195

e. Das Verhältnis der stellvertretenden und der mutmaßlichen Einwilligung	196
(1) Freie Konkurrenz der stellvertretenden und mutmaßlichen Einwilligung	197
(2) Vorrang der mutmaßlichen Einwilligung	198
(3) Spezialität der stellvertretenden Einwilligung	199
(4) Stellungnahme	200
5. Nichtfeststellbarkeit des individuell-mutmaßlichen Patientenwillens	203
6. Zusammenfassung	206
III. Die Einwilligungslösung des Bundesgerichtshofs	208
1. Ratio legis des § 216 StGB	208
2. Die Argumentation des Bundesgerichtshofs	211
IV. Strafflosigkeit des Behandlungsabbruchs trotz Einwilligungssperre	212
1. Tatbestandslosigkeit des willensgemäßen tätigen Behandlungsabbruchs	213
2. Stellungnahme	220
3. Rechtfertigung durch § 34 StGB	223
a. Anwendbarkeit auf interne Interessenkollisionen	224
b. Fehlendes Erhaltungsinteresse	225
c. Fehlendes Eingriffsinteresse	226
d. Unabwägbarkeit des Rechtsguts Leben	229
e. Einwilligung und subjektive Präferenzen des Betroffenen	237
f. Umgehung der Einwilligungssperre	241
g. Ergebnis	241
V. Tätiger Behandlungsabbruch durch einen Dritten	242
1. Notwehr in Form der Nothilfe	244
2. Notstand in Form der Notstandshilfe	246
3. Ergebnis	247
C. Übertragung der gewonnenen Ergebnisse auf die Rechtfertigung der indirekten Sterbehilfe	247
D. Übertragung der gewonnenen Ergebnisse auf die Rechtfertigung der aktiven Sterbehilfe	248

*Inhaltsverzeichnis*

4. Teil: Die geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid gemäß § 217 StGB und Möglichkeiten der Straflosigkeit	251
A. Verfassungsrechtliche Kritik an § 217 StGB	251
I. Die Strafwürdigkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung und der Schutzzweck des § 217 StGB	252
II. Die Strafbedürftigkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung	257
1. Verbot der Werbung für die assistierte Selbsttötung	257
2. Staatliche Kontrolle von Sterbehilfeorganisationen	260
3. Gesetzliche Freigabe des ärztlich assistierten Suizids	262
4. Ausbau von Palliativmedizin und Hospizen	265
5. Zwischenergebnis	267
III. Ausgestaltung des § 217 StGB und Bestimmtheitsgebot	268
IV. Zusammenfassung	269
B. Rechtfertigung der Beihilfe zum Suizid trotz § 217 StGB	271
I. Rechtfertigung durch Einwilligung	271
II. Rechtfertigung durch § 34 StGB	272
5. Teil: Schlussbetrachtung	276
Literaturverzeichnis	281

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AE	Alternativentwurf
AE-StB	Alternativ-Entwurf Sterbebegleitung
AG	Amtsgericht
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
BÄK	Bundesärztekammer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtÄndG	Betreuungsrechtsänderungsgesetz
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CCC	Constitutio Criminalis Carolina
DÄBl	Deutsches Ärzteblatt
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
DJT	Deutscher Juristentag
et al.	et alii, et aliae
etc.	et cetera

*Abkürzungsverzeichnis*

f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz
i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz
Kap.	Kapitel
KastrG	Kastrationsgesetz
krit.	kritisch
LG	Landgericht
MBO	Musterberufsordnung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
Nr.	Nummer
OLG	Oberlandesgericht
PEG	perkutane endoskopische Gastrostomie
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
Rn.	Randnummer
s.	siehe
S.	Seite
SGB V	Fünftes Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung
SGB XI	Elftes Buch Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StR	Strafrecht
StrÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
TPG	Transplantationsgesetz
u.a.	und andere
Überbl.	Überblick
Urt.	Urteil



*Abkürzungsverzeichnis*

v.	von, vom
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
z.B.	zum Beispiel

Die Abkürzungen folgen:

Kirchner, Hildebert, *Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*, 9. Auflage, Berlin 2019.



Faust:                    Und so ist mir das Dasein eine Last,  
                              Der Tod erwünscht, das Leben mir verhasst.

Mephistopheles:    Und doch ist nie der Tod ein ganz willkommner Gast.

Johann Wolfgang von Goethe, Faust. Der Tragödie erster Teil

